

Beschlussbuch Bezirk Braunschweig

Inhaltsverzeichnis

Resolution

Bundespolitik

Landespolitik

Organisationspolitik

Angenommene und überwiesene Anträge

Resolution

Für ein gerechteres Deutschland

(Angenommen) Einstimmig angenommen in der Fassung der Antragskommission und mit einer weiteren Änderung.

5 Deutschland ist ein starkes Land. Unsere Wirtschaft wächst. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Immer mehr junge Menschen studieren an den Universitäten. Endlich, nach 23 Jahren, gab es wieder eine Rentenerhöhung, die diesen Namen auch verdient. Wir haben einen Mindestlohn. Unser Land nimmt keine neuen
10 Schulden auf. Und es ist bekannt und angesehen für eine ausgleichende internationale Politik der Verständigung.

Diesen Status haben wir uns hart erarbeitet. In einer Welt, die im Umbruch ist und uns vor viele große Herausforderungen stellt: Globalisierung, Digitalisierung und Wettbewerb beschleunigen Wirtschaft und Gesellschaft wie nie zuvor. Hinzu kommen Terror,
15 Bürgerkriege und Armut außerhalb von Europa, die Menschen in die Flucht getrieben haben. Hier galt es, gerade für ein Land mit unserer Geschichte und unseren Möglichkeiten, in Zusammenarbeit mit Europa Menschlichkeit zu beweisen und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern.

In unserer Gesellschaft ebenso wie bei unseren Nachbarn in Europa steigt das Bedürfnis, sicher leben zu können. Nicht nur terroristische Anschläge, sondern auch abstoßende Fälle von Gewalt im Alltag haben das Gefühl wachsen lassen, im ganz normalen Lebensumfeld nicht immer sicher zu sein. In unser Land sind Töne und Taten zurückgekehrt, die unsere Werte, unsere Demokratie, unser ganzes Weltbild in Frage stellen. Wir sagen: Sicherheit ist
20 soziales Bürgerrecht und Voraussetzung der Demokratie. Und Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft.

Wir Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren Verantwortung übernommen und gehandelt. Und wir sagen: Die Schritte zu mehr Gerechtigkeit bei Löhnen und Renten, zu höheren Investitionen und zu einer historischen Entlastung der Kommunen waren
30 notwendig und richtig. Deshalb stehen wir, wo wir sind. Wir sagen aber auch: Es ist längst nicht alles gut. Wir wollen, dass unser Land besser wird. Es muss gerechter sein. Und nur mit einem neuen Gerechtigkeitsverständnis, welches eine umfassende soziale, wirtschaftliche, gesellschaftliche Gerechtigkeit mit einer innerer Sicherheit für alle Menschen verbindet, können wir die Werte und die Ordnung unserer offenen, sozialen und demokratischen Gesellschaft erhalten. Die nüchterne Analyse zeigt: In all den Jahren konnte trotz aller Erfolge nicht für ausreichend Gerechtigkeit in Deutschland gesorgt werden. Auch deshalb sind Lebenslagen unsicher geworden. Die anderen mögen sich damit abfinden oder es ignorieren. Wir nicht. Wir haben verstanden, dass es so nicht weitergehen kann.
35

40 Denn gerechte Gesellschaften sind produktiver: Wo alle Talente gefördert werden, vergrößert sich die Zahl derer, die am wirtschaftlichen Erfolg mitarbeiten. Höhere Löhne steigern die Kaufkraft und damit die Nachfrage. Und auf bessere Berufschancen, gute Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung folgen Fleiß, Leistungsbereitschaft und
45 Kreativität. Das Ergebnis ist mehr Wettbewerbsfähigkeit.

50 Gerechte Gesellschaften müssen sicher sein - Bürgerinnen und Bürger sind auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen. In den Sozialversicherungen, in der Bildungspolitik oder im Wohnungsbau gilt es ebenso wie bei Kriminalität und Gewalt: Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten.

Wir wollen einen Staat, in dem die Stärke des Rechts über dem Recht des Stärkeren steht. Gerechtigkeit ist auch die Voraussetzung für einen offenen Umgang mit Fortschritt: Neue Entwicklungen wie die Digitalisierung üben Druck auf den Sozialstaat und die Arbeit aus.

55 Sie entwerten Qualifikationen, haben Einfluss auf unser Leben und Zusammenleben. Nur aus einer Position der ökonomischen und sozialen Sicherheit heraus kann mit Mut, Stärke und Optimismus auf die Veränderungen reagiert werden.

60 Mehr Gerechtigkeit führt zu Stabilität und stärkt die Demokratie. Wo es keine Verteilungsängste gibt, da hat der soziale und kulturelle Frieden eine größere Chance. Wo der Zusammenhalt stark ist, ist ein wichtiger Schritt zu mehr Sicherheit gemacht. Wer in die Gesellschaft eingebunden ist und im politischen Prozess gehört wird, mischt sich ein und geht wählen.

65 Im Moment aber erleben zu viele Menschen Tag für Tag eine Gerechtigkeits-Schiefelage. Es ist die Erfahrung, dass sich die Gesellschaft mehr und mehr spaltet und dass die Ungleichheit in unserem Land zementiert ist. Für viele Menschen scheint ihr Leben und Arbeiten nicht mehr planbar zu sein. Sie können sich nicht mehr darauf verlassen, dass es für sie auch in Zukunft einen sicheren Arbeitsplatz, flächendeckende Gesundheitsversorgung und gute Bildung für ihre Kinder gibt.

70 Es ist nicht gerecht,

- dass es in Deutschland immer mehr Millionäre gibt, aber auch immer mehr Menschen, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind (Armuts- und Reichtumsbericht);

75 - dass nicht alle Kinder Chancen auf gute Bildung haben. 70 Prozent der Kinder von Akademikern gehen zur Universität, aber nur 20 Prozent der Kinder von Nicht-Akademikern;

80 - dass der öffentliche Raum – Plätze, Parks, Spielplätze, Schwimmbäder – oft nicht mehr angemessen unterhalten werden kann. So wird allein der Sanierungsbedarf der Schulen in Deutschland auf 34 Mrd. Euro geschätzt;

85 - dass die von allen erarbeitete Wirtschaftskraft nicht angemessen verteilt wird. Seit 1990 ist die Wirtschaft um ein Drittel gewachsen, die Reallöhne konnten damit nicht Schritt halten. 20 Prozent der Menschen in Deutschland verdienen heute weniger als 10 Euro die Stunde;

90 - dass gut ein Fünftel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine sichere Arbeit hat, also in befristeten oder geringfügigen Arbeitsverhältnissen arbeitet, oder Leiharbeit;

95 - dass 40 Prozent der Deutschen praktisch kein Vermögen besitzen, weil sich die Vermögen bei denen häufen, die sowieso schon viel haben. Noch 1970 besaßen die reichsten 10 Prozent 40 Prozent des Vermögens. Heute liegt dieser Anteil bei 70 Prozent. Und von der EZB wissen wir, dass das Vermögen eines mittleren Haushalts bei uns niedriger ist als im Durchschnitt der Euro-Staaten;

- dass Menschen neben ihrem Beruf noch mit einem Zweitjob etwas hinzuverdienen müssen, um den Lebensunterhalt zu sichern;

100 - dass leistungslose Einkommen aus Erbschaften und Kapitalerträgen geringer besteuert werden als Löhne aus echter Arbeit;

105 - dass alleinerziehende Mütter und Väter steuerlich benachteiligt werden und das Risiko, auf Hartz IV angewiesen zu sein, bei ihnen fünfmal so hoch ist wie bei Paarfamilien. Und somit auch die 2,3 Millionen Kinder, die bei nur einem Elternteil aufwachsen, von der Armutsfalle bedroht sind;

110 - mehr als ein Viertel der Menschen von den Möglichkeiten der Digitalisierung nicht profitieren, weil sie neue Technologien im ländlichen Raum oft weniger gut nutzen können. Und viele finden keinen Arzt mehr in ihrer Nähe;

115 - dass manche internationale Großkonzerne und Reiche unsere Infrastruktur nutzen, aber über Tricks keine Steuern für deren Erhalt zahlen, während die ehrlichen Bürger und die kleinen und mittelständischen Betriebe jederzeit ihren finanziellen Beitrag für eine gerechte Gesellschaft leisten;

120 - dass bei Schlechterfüllung Vorstände mit Millionengehältern das x-fache eines Facharbeiters verdienen und selbst dann noch üppige Extrazahlungen bekommen;

125 - dass für die gleiche Arbeit ungleiche Löhne gezahlt werden, sei es bei Leiharbeitern und Festangestellten oder bei Männern und Frauen;

130 - dass Mütter weniger Rente bekommen als kinderlose Frauen;

135 - und dass sich so viele Menschen trotz eines guten Einkommens keine Wohnung mehr in der Stadt leisten können;

140 In Deutschland herrscht das berechtigte Gefühl, dass die Gesellschaft aus dem Lot geraten ist. Das stellt unsere Demokratie auf die Probe. Wir erleben einen Vertrauensverlust gegenüber Staat und Politik.

145 Rechtsextremisten instrumentalisieren die Verunsicherung der Menschen. Sie schaffen Feindbilder, suchen Sündenböcke, schüren Hass und versuchen, politischen Profit daraus zu schlagen, dass sie Menschen gegeneinander ausspielen. Nur Lösungen bieten sie nicht an. Im Gegenteil: Ihre giftigen Rezepte würden unser Land spalten, weiter verunsichern und für mehr Ungerechtigkeit sorgen.

150 Darum ist mehr Gerechtigkeit die richtige Antwort. Uns geht es dabei um einen neuen, umfassenden Gerechtigkeitsbegriff. Gerechtigkeit im Sozialen, in der Wirtschaft, in unserer Gesellschaft.

155 Deutschland ist stark, weil die Menschen in unserem Land immer und immer wieder bereit sind, sich an neue Aufgaben und Herausforderungen anzupassen. Mit großer Anstrengung und teilweise unter großen Entbehrungen. Diese Leistung verdient Anerkennung, und sie muss sich auszahlen. Für jede Einzelne und jeden Einzelnen. Nur durch mehr Gerechtigkeit stärken wir den Zusammenhalt in unserem Land, verbessern die Teilhabe, die Produktivität, und erhöhen die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit.

Wir Sozialdemokraten wissen seit über 150 Jahren: Was sozial gerecht ist, ist auch wirtschaftlich vernünftig. Das sehen auch immer mehr Wissenschaftler und führende Wirtschaftsinstitute so. Das DIW zum Beispiel meint: Die Wirtschaftsleistung könnte in Deutschland rund 50 Milliarden höher ausfallen bei gerechter Verteilung.

Wir werden nicht alles anders machen. Aber vieles gerechter.

155 Weil nur ein gerechtes Land dauerhaft stabil, erfolgreich, sicher und lebenswert ist, braucht unser Land einen neuen Aufbruch. Die SPD ist die Partei, mit der Kompetenz, die dringend notwendigen Weichenstellungen für eine gerechtere Zukunft vorzunehmen. Denn seit jeher ist es das Selbstverständnis und der Kern der Sozialdemokratie, für mehr Gerechtigkeit zu

sorgen: Sei es mit Blick auf Einkommen, Vermögen, Bildungschancen, Wohnbedingungen oder im Verhältnis zwischen den Geschlechtern, zwischen jung und alt, zwischen Ost und West, zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Stadt- und Landbevölkerung.

160

Wir arbeiten für ein Land der guten Bildung, das allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen gibt. Für ein Land, in dem die Menschen sicher alt werden können. Für ein Land der guten und sicheren Arbeit. Für ein Land, in dem die breiten Schultern mehr tragen als die schmalen. Für ein Land des Fortschritts, in dem Menschen und Wirtschaft die Chancen der Digitalisierung nutzen. Für ein Land, in dem der demokratische Rechtsstaat für klare Regeln sorgt. Für ein Land, in dem Familien Kinder und Beruf vereinbaren können. Für ein Land im Herzen von Europa, das in engem und freundschaftlichem Austausch mit seinen Nachbarn steht.

165

170

Für die SPD gilt ein historischer Auftrag: Wir haben Gewalt als Mittel, der Geschichte auf die Sprünge zu helfen, immer bekämpft. Es geht um das Recht, frei von Angst und Gewalt in einer friedfertigen und freundlichen Gesellschaft zu leben. Damit nicht Wut und Hass unser Leben bestimmen, sondern Zusammenhalt und Gemeinsinn.

175

Wir haben die großen Krisen der letzten Jahre gemeistert. Mit viel Tatkraft und viel Zuversicht. Und mit dieser Kraft und diesem Optimismus werden wir unsere Politik für mehr Gerechtigkeit umsetzen. Denn ein starkes Land ist gut. Aber ein starkes und gerechtes Land ist besser. Ein gerechtes Land, in dem alle Menschen gut und sicher leben können.

Bundespolitik

Innere Sicherheit gewährleisten

(Angenommen) Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen in der Fassung der Antragskommission und mit einigen weiteren Änderungen. Weiterleitung an SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion.

5

I. Sicherheit ist grundlegendes Bedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger

10 Die Menschen in unserem Land haben nicht nur ein Grundbedürfnis nach sozialer Sicherheit, sondern auch nach Sicherheit vor Kriminalität und Gewalt. Soziale Gerechtigkeit ist ohne Sicherheit nicht zu erreichen. Nur wer sich sicher fühlt, wird die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe auch annehmen und nutzen. Wer Angst hat, wird von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass der Staat für Sicherheit sorgt. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Daher ist Innere Sicherheit ein ursozialdemokratisches Thema, welchem wir uns verpflichtet fühlen. Gerade weil die Sicherheit aber der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger dient, müssen sich auch alle Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit am Schutz der Freiheit legitimieren. Sie sind ausschließlich Instrumente zur Stärkung der Freiheit und nie Selbstzweck.

15 Die letzten Monate haben Deutschland verändert. Die Herausforderungen aufgrund der großen Fluchtbewegungen aus Ländern, wo Krieg, Hunger und Verfolgung herrschen sind hervorragend bewältigt worden. Besondere Erwähnung muss hier noch einmal das herausragende Engagement von Verwaltung, Polizei und Ehrenamtlichen finden, das noch immer andauert. Das zeichnet unser Land aus, Solidarität, Hilfe und Gemeinsinn. Die Stimmung gegenüber den Flüchtenden war insgesamt positiv. Leider haben ein paar Wenige dafür gesorgt, dass die große Zustimmung gebröckelt ist. Insbesondere die Übergriffe in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln, die islamistischen Anschläge in Hannover, Essen, Ansbach, Würzburg und Berlin, alle diese Vorfälle haben dazu geführt, dass das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung heute ein anderes ist als vor Beginn des hohen Flüchtlingsaufkommens.

20 Auch wenn die statistischen Daten eher in eine andere Richtung weisen - die Kriminalitätsentwicklung ist seit Jahren rückläufig - müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass in einzelnen Bereichen erhebliche Steigerungen zu verzeichnen sind. So beispielsweise bei den Wohnungseinbruchsdiebstählen. Nach einem Rückgang in den Jahren 2003 bis 2011, sind die Wohnungseinbrüche seit 2012 um mehr als 20 % gestiegen. Die Auswirkungen einer solchen Tat sind meist enorm. Neben dem materiellen Schaden, belasten die psychischen Folgen der Tat die Opfer oft ein Leben lang. Dass ein Fremder in ihrer Wohnung war, verwunden viele Betroffene nicht.

25 Hinzu kommt die weiterhin bestehende Gefahr islamistischer Anschläge. Zwar ist unsere Polizei mit Übernahme der Verantwortung durch Rot-Grün seit 2013 in Niedersachsen gut aufgestellt. Die SPD geführte Landesregierung macht eine hervorragende Arbeit und auch die Zusammenarbeit zwischen einem gut agierenden Verfassungsschutz und Polizei klappt sehr gut. Doch führt die fortwährende Radikalisierung junger Islamisten, trotz der Erfolge von Polizei und Verfassungsschutz, die immer wieder zu Festnahmen führen, zu einer weiterhin hohen abstrakten Gefahr islamistische motivierter Terroranschläge.

30 Dies sind die Gründe, warum die Sicherheitslage in Deutschland heute ganz anders

wahrgenommen wird als noch vor einigen Jahren. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen hat abgenommen. Viele fühlen sich heute unsicherer als früher.

50 Die Populisten insbesondere von der AfD versuchen sich dies zunutze zu machen und gehen mit einfachen Botschaften und dumpfen Parolen auf Stimmenfang. Dieses Agitieren am rechten Rand animiert auch rechte Gewalttäter und Brandstifter. Hier wird klar: „Zuerst kommt das Wort, dann kommt die Tat.“ Die Gewalttaten gegen Flüchtlinge und Mitmenschen mit Migrationshintergrund sowie Anschläge gegen Flüchtlingsheime und –wohnquartiere sind auf hohem Niveau. Diese rechtsradikalen und –extremen Straftaten und
55 die verbalen Verführer müssen von allen demokratischen Parteien geächtet und konsequent bekämpft sowie mit Argumenten begegnet werden.

Genau wie die SPD Gewalt von Rechtsextremisten ächtet, verurteilt sie selbstverständlich jede Art von linksextremer Gewalt, die sich gegen unseren Rechtsstaat und immer wieder gegen unsere Sicherheitskräfte richtet.

60 Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, in dieser Situation mit kühlem Kopf die richtigen Antworten zu finden. Ein Generalverdacht ist völlig unangebracht. Einen solchen lehnen wir daher aufs Schärfste ab. Auch pauschale Verurteilungen einzelner Gruppen wie zum Beispiel Flüchtlingen oder Muslimen sind fehl am Platze. Wir müssen alle Straftaten, von wem auch immer sie begangen werden, gleichermaßen entschlossen bekämpfen. Dabei
65 müssen wir zunächst die Lage analysieren, um daraus die richtigen Schlüsse ziehen zu können. Schließlich ist zu entscheiden, welche zusätzlichen Maßnahmen erforderlich sind, um zum einen die Sicherheitslage weiter zu verbessern und darüber hinaus das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen wieder so zu erhöhen, so dass diese sich sicher fühlen. Wichtig ist dabei der Ausgleich zwischen Freiheit, Innerer und sozialer Sicherheit.

70 Für die Menschen sind sichere Städte, Gemeinden und Regionen wichtig. Sie wollen sich draußen aufhalten und bewegen können, ohne subjektiv in der dauernden Gefahr zu leben müssen, Opfer von Kriminalität und Gewalt zu werden. Dazu gehören ein sicheres Wohnumfeld, helle Straßen und Wege sowie die Reduzierung von Angsträumen. Die Präsenz der Polizei muss erhalten und ausgebaut werden. Es muss alles dafür getan werden,
75 damit Dienststellen auch in ländlichen Gebieten erhalten bleiben. Hilfreich sind auch Präventionsräte und Netzwerke.

II. Gesetzliche Änderungen mit Augenmaß vornehmen

80 Für die effektive Bekämpfung des islamistischen Terrorismus brauchen wir ein einheitlich abgestimmtes Vorgehen der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Daher müssen die sozialdemokratischen Innen- und Justizminister den Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes anpassen und dem Bund und den Ländern die nachfolgenden Maßnahmen für Ihre Polizeigesetze empfehlen.

85 Der SPD Bezirk Braunschweig begrüßt und unterstützt, dass die rot – grüne Landesregierung die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen in einem Sicherheitspaket beschlossen und im Rahmen der Novellierung der Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes umsetzen will. Sie hat damit auch einen wichtigen Anstoß für die Diskussion auf Bundesebene gegeben.

a) Elektronische Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) von Gefährdern (Fußfessel)

90 Der Einsatz elektronischer Fußfesseln ist bisher in keinem Gefahrenabwehrgesetz geregelt. Die Fußfessel ist für die effektive Überwachung von Ausreiseuntersagungen und Aufenthaltsbeschränkungen, aber auch zur Durchführung von Verbleibskontrollen ein unerlässliches Mittel. Die elektronische Fußfessel ist ein sinnvolles Instrument zur Prävention schwerer Straftaten, wie z.B. Terroranschläge im Inland oder Ausreisen zur
95 Teilnahme an Kampfhandlungen in Jihadgebiete und damit zur Verhinderung einer Straftat nach § 89a StGB.

b) Aufenthaltsbeschränkende Maßnahmen

100 Die Ereignisse in den vergangenen Monaten haben gezeigt, dass eine durchgängige effektive Überwachung von Gefährdern mit den derzeit bestehenden Mitteln nicht möglich ist. Insofern müssen wir - unabhängig von der Möglichkeit der Einführung einer elektronischen Fußfessel Gefährder in ihrer Freizügigkeit einschränken können. Dazu

müssen wir die gesetzliche Möglichkeit schaffen, Meldeauflagen, räumliche Aufenthaltsbeschränkungen, Aufenthaltsverbote und Kontaktverbote durch Anlegen einer elektronischen Fußfessel zu überwachen sowie freiheitsentziehende Maßnahmen bei Nichtbeachtung der Auflage zum Anlegen der Fußfessel Auflagen umzusetzen, sollte jedoch nur mit richterlicher Zustimmung erfolgen können

105

c) Verbesserung der Kommunikationsüberwachung von Gefährdern

Eine Telekommunikationsüberwachung aus Gründen der Gefahrenabwehr ist derzeit nur bei Vorliegen einer „gegenwärtigen Gefahr“ möglich. Eine derartige Gefahrenlage liegt bei „Gefährdern“ in der Regel noch nicht vor.

110

Zur Aufklärung der mit „Gefährdern“ und „Relevanten Personen“ verbundenen Gefahrenlage ist jedoch gerade die Überwachung der Kommunikation (Telefonüberwachung, Prüfung von internetgestützter Kommunikation [z.B. Facebook-Konten/andere Messenger-Dienste pp.]) geboten. Insofern ist eine Änderung der genannten Befugnisnorm – Herabstufung der Gefahrenlage für den Personenkreis „Gefährder“ und „Relevante Personen“ - zu prüfen.

115

d) Zugriff auf verschlüsselte Messenger-Dienste bzw. sonstige Sprach- oder Nachrichtenübermittlungsformate

Der Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf verschlüsselte Messenger Dienste bzw. sonstige Sprach- oder Nachrichtenübermittlungsformate bei entsprechenden Sachverhalten (potenzielle terroristische Gewalttäter) soll geprüft werden.

120

Terroristische Gefährder nutzen nicht mehr die offene und damit überwachbare Telekommunikation, sondern verkehren über verschlüsselte Sprachkommunikation (z.B. Skype) oder vergleichbare Nachrichtensysteme (Whatsapp pp.). Es soll geprüft werden, ob die Provider derartiger Systeme rechtlich verpflichtet werden können, den Strafverfolgungsbehörden die Entschlüsselung zu ermöglichen oder die Inhalte unverschlüsselt zur Verfügung zu stellen, um Überwachungslücken zu schließen.

125

e) Vorverlegung der Strafbarkeit bei offensichtlichen Planungen für Anschläge

Häufig haben die Strafverfolgungsbehörden Kenntnis über Tatplanungen (z.B. Anfragen nach Waffen oder Sprengstoff zwischen verschiedenen Tatverdächtigen), ohne dass diese in eine weitere Konkretisierungsphase getreten sind. Die Staatsanwaltschaften müssen die Verfahren einstellen und die Gefährder müssen weiter aufwendig beobachtet werden. Es soll geprüft werden, ob ein Tatbestand geschaffen wird, bei dem derartige Vorbereitungshandlungen, z.B. auch über spezielle gerichtliche Verfahren, unter Strafe gestellt werden.

135

f) Löschung islamistischer Propagandavideos aus dem Internet

Es müssen die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um islamistische Propaganda- und Rekrutierungsvideos aus dem Internet zu entfernen. Es ist illusorisch, mit gezielten Maßnahmen bei erkennbar radikalisierten Menschen eine innere Umkehr und damit Abwendung vom Terrorismus zu erreichen. Dies mag in Einzelfällen gelingen, ist aber im Vergleich zu der weltweiten ungehinderten Einfluss- und Radikalisierungsmöglichkeit des Internets keine ernsthaft erfolgversprechende Maßnahme.

140

g) Beschaffung von Passersatzpapieren für Gefährder

Ein großes Problem bei der Durchführung der Abschiebungen stellt nach wie vor die zum Teil mangelnde Bereitschaft der Herkunftsstaaten dar, entsprechende Reisedokumente auszustellen. Hier ist der Bund in der Pflicht, mit den nicht oder nur sehr schwer kooperierenden Staaten, insbesondere auch mit den Maghreb Staaten, Verhandlungen zu führen, um diese Situation zu verbessern.

145

Aber auch in anderen Kriminalitätsdeliktsbereichen, die die Menschen besonders belasten und die sozialschädlich sind, müssen die notwendigen Maßnahmen diskutiert und dann auch umgesetzt werden. Die Leitlinie ist und bleibt dabei, dass die SPD dies mit Augenmaß und immer mit der Frage der Geeignetheit und Erforderlichkeit macht.

150

III. Sicherheit gibt es nur mit einer starken Polizei

Eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Menschen ist aber nicht allein mit gesetzlichen Änderungen zu erreichen. Subjektive Sicherheit lässt sich nur durch eine

155

gut ausgebildete, motivierte und personell starke Polizei erreichen. Wir brauchen eine angemessene Präsenz vor Ort und gute Kontakte zu den örtlichen Initiativen und Verbänden.

160 Die rot – grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren viel getan, um sowohl die Sicherheit zu stärken als auch die Motivation in der Polizei zu steigern und durch einen finanziellen Kraftakt von 35 Mio. € für eine gute personelle und materielle Ausstattung der Polizei gesorgt.

165 Es wurden 1000 neue Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter in der Polizeiakademie wurde deutlich erhöht, ebenso wie die Zulagen für den Dienst an Wochenenden und Feiertagen. Des Weiteren wurde die Heilfürsorge für alle Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamten wieder eingeführt, zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen und weitere notwendige Verbesserungen umgesetzt.

170 Es kann aber noch mehr getan werden. Das Veränderungstempo und die Arbeitsverdichtung haben –wie in anderen Bereichen- auch innerhalb der Polizei in den vergangenen Jahren rapide zugenommen. Die Anforderungen an die Polizeibeschäftigten wachsen. Die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben, die Komplexität der Technik und der Anstieg des Arbeitsvolumens erfordern u.a. die Kenntnisse sowie die handwerklichen Fähigkeiten der Kolleginnen und Kollegen. Um die professionelle Aufgabenwahrnehmung weiterhin zu gewährleisten, müssen auch zukünftig Fort- und Weiterbildungsangebote entwickelt und bedarfsgerecht finanziert werden.

180 Wir müssen daher in der kommenden Wahlperiode Lösungen entwickeln, wie vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen, sowie der notwendigen Rekrutierung guter Nachwuchskräfte, weitere Perspektiven für den Polizeiberuf entwickelt werden können.

Dabei sind verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten, flexiblere Übergänge in den Ruhestand und finanzielle Anreize, den Polizeiberuf zu ergreifen, besonders zu prüfen.

Zur Steigerung der Attraktivität gehört es auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern und das Gesundheitsmanagement auszubauen.

185 Die erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit wird die SPD, wie schon in der vergangenen Legislaturperiode, intensiv mit den Gewerkschaften, Berufs- und Personalvertretungen diskutieren.

IV. Schluss

190 Der Sozialdemokratie ist wichtig, die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger auf hohem Niveau zu gewährleisten, dort wo es notwendig ist zu verbessern, dabei aber die Freiheit nicht aufzugeben sondern diese durch die dargestellten Maßnahmen zu stärken. Das kann jedoch nur gelingen, wenn die Sicherheitsbehörden auf dem neusten Stand der Technik sind und die persönliche Situation der Polizeibeschäftigten, die für unsere sichere Gesellschaft sorgen und dafür gegebenenfalls ihr Leben einsetzen, weiter verbessert wird.

Antragsbereich B/ Antrag 2

Kennummer 9193

Unterbezirk Braunschweig

Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland mildern

(Angenommen) Einstimmig angenommen in der Fassung der Antragskommission und einigen weiteren Änderung. Weiterleitung an den a.o. Bundesparteitag.

5 Der SPD-Bundesparteitag wird aufgefordert, im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 Maßnahmen aufzunehmen, die der weiterhin sehr ungleichen Einkommens- und

Vermögensverteilung entgegen wirken. Dazu gehört auch, Arbeit niedriger als Kapitaleinkünfte zu besteuern.

Dafür sind zum Beispiel entsprechende steuerliche Maßnahmen einzusetzen:

10

- Erhöhung der Spitzensteuersätze und Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen,
- stärkere Besteuerung großer Erbschaften,
- europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

15

Antragsbereich B/ Antrag 4

Kennnummer 9194

Unterbezirk Braunschweig

Rentenpolitik

(Angenommen) Einstimmig angenommen in der Fassung der Antragskommission und einigen weiteren Änderung. Weiterleitung an den a.o. Bundesparteitag.

5

Die SPD soll eine umfassende Rentenreform im Sinne einer sozialen Bürgerversicherung erarbeiten. Damit sollen folgende Ziele erreicht werden:

10

1. Eine weitere Absenkung des Rentenniveaus muss vermieden werden. Die Talfahrt muss gestoppt werden und die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder substantiell gestärkt werden. Mittelfristig soll das Rentenniveau auf 50% erhöht werden.
2. Die Rentenversicherungsbeiträge der unteren und mittleren Einkommensgruppen dürfen nicht zu stark steigen.
3. Es wird eine Mindestrente eingeführt, die Altersarmut verhindert.

15

Um eine ausreichende Finanzierung zu sichern, sollen folgende Maßnahmen geprüft werden:

20

- Der Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung, in die alle Bevölkerungsgruppen einbezogen werden – also auch Beamte, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Selbstständige und Abgeordnete.
- Eine Wertschöpfungsabgabe, um eine zusätzliche Finanzquelle für das Rentensystem zu erschließen. Nicht allein auf Löhne und Gehälter sollten Versicherungsbeiträge fällig werden, sondern auf sämtliche Einkunftsarten (Zinsen, Dividenden, Tantiemen sowie Miet- und Pächterlöse).
- Die Beitragsbemessungsgrenze könnte abgeschafft oder deutlich erhöht werden, so dass auch höhere und hohe Einkommen verstärkt zur Finanzierung der Rentenversicherung herangezogen werden.
- Für die Rentenhöhe könnte eine Obergrenze eingeführt werden, so dass das Äquivalenzprinzip (Rente je nach Beitragshöhe) für hohe Einkommen nicht mehr gilt.
- Versicherungsfremde Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, wie z.B. die Mütterrente oder die Angleichung der Ost/West-Rente müssen ausschließlich durch Steuermittel finanziert werden.
- Die gesetzliche Rente muß die tragende Säule der Absicherung bleiben. Private und betriebliche Renten können allenfalls eine Ergänzung sein, möglichst unter dem Dach der deutschen Rentenversicherung.

35

Antragsbereich B/ Antrag 6

Kennnummer 9171

Unterbezirk Helmstedt

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen

(Angenommen) Einstimmig angenommen. Weiterleitung an den a.o. Bundesparteitag, die SPD-Bundestagsfraktion.

- 5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, dass der ab dem 1. Januar 2015 eingeführte Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder abgeschafft und die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung (durch Arbeitgeber und Beschäftigte) wieder hergestellt wird.
- 10 Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Forderung nach einer Wiedereinführung der kompletten paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ein elementarer Bestandteil des SPD-Wahlprogrammes zur nächsten Bundestagswahl 2017 wird.

Antragsbereich B/ Antrag 7

Kennnummer 9184

Unterbezirk Helmstedt

Abschaffung der Ausnahmen beim Mindestlohn

(Angenommen) Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen. Weiterleitung an den a.o. Bundesparteitag, die SPD-Bundestagsfraktion.

- 5 Die bisherigen Ausnahmen des gesetzlichen Mindestlohns für Langzeitarbeitslose und Minderjährige sind abzuschaffen. Daher sind im Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns § 22 Absatz 2 und Absatz 4 zu streichen.

Antragsbereich B/ Antrag 8

Kennnummer 9185

Unterbezirk Helmstedt

Gesetzliche Erhöhung des Mindestlohns auf 9,50 Euro

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an Regierungsprogramm-Kommission beim PV (mit gr. Mehrheit bei 2 Nein-Stimmen)

- 5 Der Mindestlohn ist durch Änderung des Mindestlohngesetzes baldmöglichst auf 9,50 Euro

zu erhöhen. Weitere Erhöhungen durch die Mindestlohnkommission haben sich an dieser Höhe als Ausgangspunkt zu orientieren. Daher sind im Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns § 1 Absatz 2 Satz 1

10 *„Die Höhe des Mindestlohns beträgt ab dem 1. Januar 2015 brutto 8,50 Euro je Zeitstunde.“*

durch folgenden Satz zu ersetzen:

15 *„Die Höhe des Mindestlohns beträgt ab dem 1. Januar 2018 brutto 9,50 Euro je Zeitstunde.“*

Antragsbereich B/ Antrag 9

Kennnummer 9186

Unterbezirk Helmstedt

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei der Leiharbeit

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an Regierungsprogramm-Kommission beim PV (einstimmig)

5 Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ist der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ ab dem ersten Arbeitstag festzulegen. Die Höchstdauer der Überlassung ist auf 12 Monate zu beschränken. Die Sonderregelungen für tarifgebundene Unternehmen, die Leiharbeit erleichtern, sind abzuschaffen.

10 Daher sind §1 Absatz 1b Satz 3 bis 8 und § 8 Absätze 2 bis 5 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu streichen und ist § 1 Absatz 1b Satz 1 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu ersetzen durch

15 *Der Verleiher darf den selben Leiharbeitnehmer nicht länger als 12 aufeinander folgende Monate demselben Entleiher überlassen; der Entleiher darf denselben Leiharbeitnehmer nicht länger als 12 aufeinander folgende Monate tätig werden lassen.*

Antragsbereich B/ Antrag 10

Kennnummer 9173

*Ortsverein Groß Stöckheim
Stadtverband Wolfenbüttel
(Unterbezirk Wolfenbüttel)*

Gleichstellung der Regelsätze für Kinder und Erwachsene im SGB II

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an Regierungsprogramm-Kommission beim PV (mit gr. Mehrheit bei 1 Nein-Stimme)

5 Wir fordern die Gremien der SPD auf, sich dafür einzusetzen, die Gleichstellung der Regelsätze für Kinder und Erwachsene anzugleichen. Das SGB II ist dahingehend zu

ändern.

Antragsbereich B/ Antrag 11

Kennummer 9195

Unterbezirk Braunschweig

Anpassung der „Mietpreisbremse“, um Wohnen dauerhaft bezahlbar zu machen

(Angenommen) Einstimmig angenommen. Weiterleitung an den a.o. Bundesparteitag, die SPD-Bundestagsfraktion.

5 Die SPD – Bundestagsfraktion wird aufgefordert auf eine Verbesserung der bisherigen Mietpreisbremse hinzuwirken.

Folgende Maßnahmen sind dabei einzusetzen:

- 10
- Umgehungsmöglichkeiten (zum Beispiel durch Vermietung möblierter Wohnungen oder Angabe einer zu hohen Vormiete) müssen verhindert werden.
 - Bei Neuvermietungen von Bestandswohnungen sollen Vermieter verpflichtet werden, die vorherige Miete offen zu legen.
 - Bei nachträglich festgestellten Verstößen gegen die Mietpreisbremse müssen zu viel gezahlte Beträge zurückgezahlt werden.
- 15

Antragsbereich B/ Antrag 12

Kennummer 9172

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen

**(Angenommen) Einstimmig angenommen.
Weiterleitung an den a.o. Bundesparteitag, die Regierungsprogrammkommission beim PV, die SPD-Land- und Bundestagsfraktion.**

5 Die SPD Bundestagsfraktion, der SPD Parteivorstand und der SPD Bundesparteitag sollen sich dafür einsetzen, dass den Gewerkschaften zukünftig ein Verbandsklagerecht bei Gesetzesverstößen und Verstößen gegen Tarifverträge eingeräumt wird. Darüber hinaus ist

10 sicherzustellen, dass die Forderung nach einem Verbandsklagerecht für Gewerkschaften ein elementarer Bestandteil des SPD-Wahlprogrammes zur nächsten Bundestagswahl 2017 wird.

Antragsbereich B/ Antrag 13

Familien unterstützen – gebührenfreie Kitas und Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschülerinnen und Grundschüler einführen

(Angenommen) Mit großer Mehrheit angenommen. Weiterleitung an den a.o. Bundesparteitag, die SPD-Land- und Bundestagsfraktion.

5 Familien brauchen Zeit, Geld und Infrastruktur. Mehr Zeit für Familie – diesen Wunsch haben viele. Auch wenn die Sorgearbeit größtenteils noch immer von Frauen erbracht wird, vollzieht sich ein Wandel hin zu mehr Partnerschaftlichkeit. Befragungen zeigen: Eine große Mehrheit der Väter wünscht sich mehr Zeit für die Familie. Fast 60 Prozent der Väter möchte mindestens die Hälfte der Kinderbetreuung übernehmen. Inzwischen nimmt jeder dritte Vater neugeborener Kinder mit der Elternzeit eine berufliche Auszeit oder reduziert seine Arbeitszeit. Gleichzeitig möchten Mütter wieder mehr arbeiten. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der berufstätigen Mütter kontinuierlich gestiegen: Von 59 Prozent im Jahr 2000 auf 67 Prozent im Jahr 2015.

15 Ein Großteil der Eltern wünscht sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit. Die hohen Anforderungen in einer sich wandelnden Berufswelt und die Sorgearbeit in der Familie verursachen aber zunehmend Zeitkonflikte. Die enge Taktung des Alltags sowie hohe berufliche und familiäre Anforderungen machen aus der mittleren Generation nicht selten eine „Generation atemlos“.

20 Wir wollen, dass Familien auch in dieser Lebensphase gut leben können und sie dabei unterstützen. Deshalb muss die von Familienministerin Manuela Schwesig vorgestellte Familienarbeitszeit kommen. Sie unterstützt Eltern in ihrem Wunsch nach Zeit für Familie und Beruf und fördert die partnerschaftliche Aufteilung.

25 Wir begrüßen, dass der Bund von 2014 bis 2016 über 3,5 Millionen Euro für den Ausbau der Kindertagesbetreuung zur Verfügung gestellt hat und mit den Bundesprogrammen „Schwerpunktkitas“, „Sprach-Kitas“ und „Kita-Plus“ in die Qualität von Kitas investiert.

30 Damit sind wir auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Denn alle Kinder sollen von Anfang an gleiche Chancen auf gute Bildung haben. Gute Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Dafür müssen wir auch weiterhin zusätzliche Kita-Plätze schaffen, da die Nachfrage steigt. Wir dürfen nicht nachlassen, weiter in die Verbesserung der Kita-Qualität zu investieren. Darüber hinaus brauchen wir mehr Betreuungsangebote in Kitas außerhalb der üblichen Öffnungszeiten und für Grundschulkindern am Nachmittag.

Fazit:

40 Um die Ziele bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gleiche Chancen für alle durch gute gebührenfreie frühkindliche Bildung zu erreichen, fordern wir:

- die Familienarbeitszeit umgehend einzuführen
 - den Ausbau und die Verbesserung der Kita-Qualität,
 - die schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern, den wir mit Unterstützung des Bundes, zu einem Rechtsanspruch auf gute Ganztagschulplätze in der Grundschule weiterentwickeln werden.
- 45

Antragsbereich B/ Antrag 14

Kennnummer 9199

Unterbezirk Braunschweig

Einheitliche europäische Standards in der Flüchtlingspolitik und fairen Verteilungsmechanismus

**(Angenommen) Einstimmig angenommen.
Weiterleitung an die SPE-Fraktion.**

- 5 Der SPD Bezirk Braunschweig fordert einheitliche europäische Standards in der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen sowie eine faire Verteilung von Flüchtlingen in Europa, die für alle Mitgliedstaaten verbindlich ist.

Antragsbereich B/ Antrag 15

Kennnummer 9200

Unterbezirk Braunschweig

Ausreichend viele Plätze in den Integrationskursen zur Verfügung stellen

**(Angenommen) Einstimmig angenommen in der Fassung der Antragskommission.
Weiterleitung an die SPD- Bundestagsfraktion.**

- 5 Der SPD Bezirk Braunschweig fordert, dass ausreichend viele Plätze in den Integrationskursen sowohl in den ländlichen Regionen als auch in den Städten zur Verfügung gestellt und genutzt werden. Dabei müssen soweit wie möglich die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen berücksichtigt werden.

Antragsbereich B/ Antrag 16

Kennnummer 9201

Unterbezirk Braunschweig

Gegen die Abschiebung nach Afghanistan

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an den BV zur Durchführung einer Veranstaltung mit Beschlussfassung zum Thema (einstimmig).

- 5 Die SPD-Fraktionen im Bundes- und im Landtag werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass Abschiebungen nach Afghanistan umgehend ausgesetzt werden und Afghanistan bundesweit als nicht sicheres Land ausgewiesen wird.

- 10 Weiterhin soll darauf hingewirkt werden, dass Flüchtlinge aus Afghanistan mindestens subsidiären Schutzstatus erhalten.

Zukunftsvertrag für Wissenschaft und Forschung

(Angenommen) Einstimmig angenommen. Weiterleitung die SPD-Bundestagsfraktion.

5 Wissenschaft und Forschung sind der Motor der technologischen und wirtschaftlichen
Entwicklung und bilden die Grundlage für den gesellschaftlichen Fortschritt. Die
akademische Lehre hat eine besondere Bedeutung. Sie gewährleistet eine hochqualifizierte
Ausbildung und leistet einen wichtigen Beitrag für die Sicherung des Fach- und
10 Führungskräftenachwuchs für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. Die
hochschulische und außeruniversitäre Forschung und Entwicklung sichert durch neue
Erkenntnisse und Ideen die Innovationsfähigkeit Deutschlands, auf die wir sowohl für die
Lösung der globalen Zukunftsfragen, für die künftige wirtschaftliche Wertschöpfung als
auch für die Verbesserung des alltäglichen Lebens der Menschen zunehmend angewiesen
15 sind. Und schließlich eröffnen Wissenschaft und Forschung einen wachsenden
Arbeitsmarkt, der bereits heute über 600.000 Menschen eine attraktive Beschäftigung
bietet.

Bund und Länder haben gemeinsam in den zwei vergangenen Jahrzehnten entscheidend zur
Stärkung des Studien-, Wissenschafts- und Forschungsstandorts Deutschland beigetragen.
20 Die BAföG-Wende 2002 für mehr Chancengleichheit beim Hochschulzugang mitsamt der
folgenden Erhöhungen, seit 2005 der besonders erfolgreiche Pakt für Forschung und
Innovation und die international ausstrahlende Exzellenzinitiative, aber auch der
Qualitätspakt Lehre und seit 2006 allen voran der Hochschulpakt – sie alle gemeinsam
haben zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen für Studierende, die Hochschulen
25 und Forschungseinrichtungen erschlossen. Sie leisteten mitsamt ihren Fortsetzungen einen
wichtigen Beitrag, **zentrale wissenschaftspolitische Ziele** zu erreichen, die sich Bund und
Länder gemeinsam gesetzt haben:

- Dank des **Hochschulpaktes** und des **neuen BAföGs** blieben die Hochschulen offen.
30 Mit dem Pakt konnte der Ausbau der Studienkapazitäten Schritt halten mit der stark
wachsenden Studiennachfrage, so dass die Chance junger Menschen auf einen
Studienplatz erhalten blieb. Der Qualitätspakt hat zusätzlich innovative
Lehrkonzepte gestärkt.
- In der Forschung ist Deutschland heute auch dank des **Paktes für Forschung und
35 Innovation** und der **Exzellenzinitiative** leistungs- und innovationsfähiger als vorher.
Viele Hochschulen konnten mit der Exzellenzförderung wieder zur Augenhöhe mit
außeruniversitären Forschungseinrichtungen aufschließen. Insbesondere in der
Spitzenforschung dominieren heute Kooperation und Zusammenarbeit von
Hochschulen mit leistungsstarken Forschungsorganisationen die Forschungspraxis.
40 Die Nachwuchsförderung wurde deutlich intensiviert. Zusätzlich wurden die
hochschulische Profilbildung und Strategiefähigkeit gefördert und so die innere
Innovationsdynamik erhöht.
- **International** hat der Wissenschafts- und Hochschulstandort Deutschland
entscheidend **aufholen** können. Auch dank der Wissenschaftspakte ist unser Land
45 ein attraktiver Studien- und Arbeitsort für ausländische Studierende und
internationale Spitzenforscherinnen und –forscher im Herzen Europas.

Die positive Entwicklung wurde erreicht, obwohl die zusätzlichen Bundesmittel für die Hochschulen und Forschungsorganisationen überwiegend in Form befristeter Programme zur Verfügung gestellt werden. Die fehlende langfristige Verlässlichkeit dieser unverzichtbaren Mittel setzt der Planbarkeit in Wissenschaft und Forschung zu enge Grenzen. Sie führt zu negativen Effekten wie beispielsweise dem Verzicht auf eine langfristige Personalplanung und sie verhindert strukturelle Anpassungen an die Bildungsexpansion und dauerhaft hohe Studierendenzahlen. Vor allem aber erfolgte der erfreuliche Beschäftigungsanstieg in Wissenschaft und Forschung vor dem Hintergrund befristeter Mittelzusagen größtenteils in Form kurzfristiger Arbeitsverträge, mit negativen Folgen für die individuelle soziale Lage und die mittelfristigen Karriereaussichten junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Die bisherigen Erfolge der gemeinsamen Wissenschaftspolitik von Bund und Ländern sind **nicht auf Dauer gesichert**. Es braucht eine neuerliche Kraftanstrengung von Bund und Ländern und einen Neustart in der Wissenschaftsfinanzierung für das Jahrzehnt 2021 bis 2030. Die dafür erforderliche neue Finanzierungsarchitektur muss einen **starken, dauerhaften und strategischen Beitrag des Bundes** enthalten. Die rechtlichen Voraussetzungen sind mit den neuen Möglichkeiten im Art. 91b GG für dauerhafte Bundesinvestitionen in Hochschulen geschaffen worden.

In einer ersten Anwendung des Prinzips haben Bund und Länder 2016 beim Nachwuchspakt und dem Programm „innovative Hochschule“ **langfristiger wirkende Maßnahmen** vereinbart und bei der zentralen **Exzellenzstrategie** ganz auf eine Laufzeit verzichtet.

Diese Schritte reichen aber nicht aus. Denn an der Schwelle 2019/20 laufen zahlreiche weitere Bund-Länder-Programme aus, u.a. der Pakt für Forschung und Innovation, der Qualitätspakt Lehre und insbesondere der Hochschulpakt. Dadurch drohen für das Wissenschaftssystem **unverzichtbare Bundesmittel wegzufallen**. Zudem enden infolge der Bund-Länder-Finanzvereinbarung 2019 auch die Kompensationsmittel für den Hochschulbau. Weder die zusätzlichen Umsatzsteuermittel für die Länder noch die geplante neue Bundesergänzungszuweisung für Forschung vermögen in der Verteilungswirkung und noch weniger im Volumen einen Ersatz zu leisten.

Bund und Länder sind daher gemeinsam in der Pflicht die bisherigen Anstrengungen fortzuführen, sie auszubauen und so den Übergang zu einer **verlässlichen und dauerhaften Finanzierungsarchitektur** für die Wissenschaft für die Jahre 2021 bis 2030 zu schaffen. Es ist dabei sinnvoll, dass die Länder vor dem Hintergrund des nach 2020 in Kraft tretenden neuen Bund-Länder-Finanzierungssystems je nach Aufgabe und engerer Zuständigkeiten unterschiedliche Anteile an den Maßnahmen tragen, die zusätzlich zu ihren bisherigen Aufwendungen für die Hochschulen bereit zu stellen sind. Dabei leisten die Länder ohnehin den weitaus größten Beitrag zur Finanzierung des Hochschulsystems, und das wird selbstverständlich auch künftig so sein.

Wir schlagen für diese Architektur einen **Zukunftsvertrag für Wissenschaft und Forschung** von Bund und Ländern vor, in dem beiden jeweils angemessene Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden. Der Vertrag soll die Anstrengungen von Bund und Ländern aufeinander abstimmen, bündeln und sich primär nicht an bestehenden Finanzierungsströmen, sondern an den aktuellen **großen Herausforderungen im Wissenschaftssystem** ausrichten:

- **Bildungsexpansion strukturell absichern:** Die hohen Studierendenzahlen sind kein temporärer Effekt, die Studienanfängerzahlen werden sich auf einem hohem Niveau von knapp unter 500.000 im Jahr einpendeln. Die Hochschulfinanzierung ist heute nur ungenügend auf diese Bildungsexpansion ausgerichtet. Es fehlt an langfristiger Planungssicherheit und an Anreizen, die Qualität der Lehre zu stärken und die

sozialen Infrastrukturen an den Hochschulen an die gewachsenen Studierendenzahlen anzupassen.

- 105 • **Perspektiven für Talente stärken:** Die Bildungsexpansion bietet zusätzliche Chancen auf zusätzliche Fachkräfte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Forscherinnen und Forscher, deren Kreativität und Ideen Deutschland braucht. Die Bildungsförderung muss stärker Chancen gegen soziale Hürden zur Geltung bringen, neue Bildungsbiografien besser unterstützen und insbesondere die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft fördern. Wir brauchen attraktivere Beschäftigungsbedingungen und Karriereperspektiven für das wissenschaftliche Personal, um die besten Köpfe aus dem In- und Ausland für unser Wissenschaftssystem zu gewinnen.
- 110 • **Megatrend Digitalisierung annehmen:** Wissenschaft und Forschung stehen in weiten Teilen in einem atemberaubenden Umbruchsprozess, der durch die digitale Entwicklung getrieben ist. Der Wandel betrifft alle Bereiche wie Lehre, Forschung, Verwaltung, Ausstattung und Forschungsinfrastrukturen und verlangt eine gemeinsame Antwort von Bund, Ländern, den Hochschulen sowie den Forschungseinrichtungen.
- 115 • **Wissenschaftsfreiheit verteidigen:** Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist eine Voraussetzung ihrer Kreativität und für eine offene, freie und demokratische Gesellschaft unverzichtbar. Ohne sie werden wir weder die großen globalen noch die wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen lösen können. Gerade vor dem Hintergrund aktueller populistischer Entwicklungen in einigen Teilen der Welt kann Deutschland ein gutes Beispiel geben für eine Wissenschaft, die ihre internationale Offenheit und Vernetzung vorantreibt und dennoch sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist, und für eine Gesellschaft, die wissenschaftliche Arbeit wertschätzt und ihre Ergebnisse respektiert – gleich ob diese politisch gefallen oder nicht.
- 120 • **Innovationsfähigkeit sichern:** Neue wissenschaftliche Ideen und Erkenntnisse sind die Basis für Deutschlands künftigen wirtschaftlichen Erfolg und eine sichere Beschäftigung. Damit Deutschlands Innovationssystem konkurrenzfähig bleibt, muss unsere Wissenschaft und Forschung im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein und müssen wir gezielt in Forschung und Entwicklung sowie den Transfer in Produkte und Dienstleistungen investieren.
- 125
- 130

Antragsbereich B/ Antrag 18

Kennnummer 9197

Unterbezirk Braunschweig

JUSOS

Bereitstellung von wissenschaftlicher Literatur an Hochschulen und Universitäten gewährleisten

(Angenommen) Einstimmig angenommen. Weiterleitung an den a.o. Bundesparteitag, die SPD-Bundestagsfraktion.

- 5 Wir fordern alle Abgeordneten und Mitglieder der SPD dazu auf, sich aktiv auf allen Parteiebenen und in allen SPD-Fraktionen für eine schnelle Lösung des Konfliktes um die Einzelerfassung und die Einzelvergütung von wissenschaftlicher Literatur, welche in Hochschulen und Universitäten zur Forschung und Lehre bereitgestellt wird, einzusetzen. Die Verhandlungen zwischen Verwertungsgemeinschaft Wort, Hochschulrektorenkonferenz

- 10 und Kultusministerkonferenz müssen zu einem akzeptablen Ergebnis für Studierende und Lehrende führen. Dies kann nur durch eine Wiedereinführung der Pauschalvergütung erreicht werden.

Antragsbereich B/ Antrag 19

Kennnummer 9170

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Gesetz zur Personalbemessung im Krankenhaus

(Angenommen) Satz 1 einstimmig angenommen. Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion.

- 5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zur Personalbemessung im Krankenhaus in den Bundestag einzubringen, das regeln soll, dass der reale Personalbedarf ermittelt wird und in der Praxis verpflichtend eingesetzt werden muss.

Antragsbereich B/ Antrag 20

Kennnummer 9188

Unterbezirk Gifhorn

Eizellenspende

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion (einstimmig)

- 5 Wenn ein Staat künstliche Befruchtung zulässt, darf er die Eizellspende nicht verbieten!
Wir fordern, dass das Embryonenschutzgesetz geändert und die Eizellspende auch in Deutschland erlaubt wird.

Antragsbereich B/ Antrag 21

Kennnummer 9189

Unterbezirk Gifhorn

Blutspende

(Angenommen) Einstimmig angenommen. Weiterleitung an den a.o. Bundesparteitag, den Landesparteitag.

- 5 **Gesundes Blut ist nicht homo oder hetero**

Wir fordern die Blutspende für homosexuelle und bisexuelle Männer zu erlauben!

Antragsbereich B/ Antrag 23

Kennnummer 9192

Unterbezirk Braunschweig

Veranstaltung zur Asse

(Angenommen) Einstimmig angenommen.

- 5 Der Bezirksparteitag fordert den SPD-Bezirk dazu auf, 2017 eine Veranstaltung zum Thema „Asse“ durchführen, auf der alle Mitglieder über den derzeitige Sachstand und die gesamte Schachtsituation und über eine Zukunftsperspektive bezüglich der Rückholung und Konditionierung des Atommülls sowie über die weitere Verwendung des Schachts nach der Bergung des Atommülls informiert werden informiert werden.

Antragsbereich B/ Antrag 24

Kennnummer 9206

Unterbezirk Wolfenbüttel

Masterplan zur Rückholung des Atommülls aus Asse II

(Angenommen) Einstimmig angenommen. Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion.

- 5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, auf das Bundesumweltministerium einzuwirken, dass ein entsprechender „Masterplan“ zur Rückholung des Atommülls aus Asse II erstellt und stetig aktualisiert wird, um die durchzuführenden Arbeiten aufeinander abzustimmen und negative Wechselwirkungen abzumildern bzw. auszuschließen und positive Wechselwirkungen zu ermöglichen bzw. zu verstärken.

Antragsbereich B/ Antrag 25

Kennnummer 9213

*Ortsverein Timmerlah-Geitelde
(Unterbezirk Braunschweig)*

Neue Standortsuche für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll als Alternative zu Schacht Konrad

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an Regierungsprogramm-Kommission beim PV (mit gr. Mehrheit bei 6 Nein-Stimmen und 1 Enth.).

- 5 Der Parteitag fordert die am 24.9.2017 neugewählte Bundesregierung auf, den Planfeststellungsbeschluss zu Schacht Konrad zu revidieren und eine neue Standortsuche in der gesamten Bundesrepublik Deutschland für den schwach- und mittelradioaktiven Atommüll durchzuführen, um ein besser geeignetes Lager zu finden. Dieses Lager müsste

10 möglichst abseits von besiedelten Gebieten gelegen sein und auch der Umschlagplatz für den angelieferten Müll müsste sich möglichst weit abseits von bebauten Gebieten oder sogar Wohnstandorten befinden.

Ein Großteil der Bevölkerung hält Schacht Konrad als Einlagerungsstätte für den schwach- und mittelradioaktiven Atommüll für nicht geeignet und auch der Transportweg sowie der Umschlagplatz am Bahnhof Beddingen werden für nicht sicher genug angesehen.

15

Antragsbereich B/ Antrag 26

Kennnummer 9196

Unterbezirk Braunschweig

Klimaschutz / Kohleausstieg

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an Regierungsprogramm-Kommission beim PV (einstimmig).

5 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für energische Schritte zum Klimaschutz einzusetzen. Dafür sollte

- ein Termin für den endgültigen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung festgelegt und ein verlässlicher Stufenplan einschließlich
- 10 notwendiger Ausgleichsmaßnahmen für die Kohlereviere entwickelt werden.

Weiterhin sollte

- der Einspeisung von Strom aus modernen Gaskraftwerken als Ergänzung zu den regenerativen Energien ab sofort immer Vorrang vor der Einspeisung von Kohlestrom gegeben werden.
 - die Stromerzeugung in alten und „schmutzigen“ Kohlekraftwerken durch eine korrelative Verschmutzungsabgabe verteuert und langfristig unterbunden werden.
- 15

Antragsbereich B/ Antrag 28

Kennnummer 9210

Unterbezirk Wolfenbüttel

Trassenführung der geplanten HGÜ Leitung (Suedlink)

(Angenommen) In der Fassung der Antragskommission angenommen (mit großer Mehrheit bei 7 Nein-Stimmen und 1 Enth.). Weiterleitung an den a.o. Bundesparteitag.

5 Die Bundesnetzagentur als Fachplanungsbehörde und als Planfeststellungsbehörde wird aufgefordert, im Zuge der Findung des Trassenkorridors darauf hinzuwirken, dass das Gebiet der Gemeinde Burgdorf nicht unverhältnismäßig belastet wird.

Landespolitik

Antragsbereich L/ Antrag 1

Kennummer 9176

Unterbezirk Salzgitter

Sicherstellung von Arbeitsplätzen im VW Werk Salzgitter

(Angenommen) Einstimmig in neuer Fassung angenommen und Weiterleitung an SPD-Landtagsfraktion.

- 5 Die Niedersächsische Landesregierung und die SPD Mitglieder im VW Aufsichtsrat werden aufgefordert sich mit aller Macht dafür einzusetzen, dass an allen nieders. Standorten von Volkswagen, die Arbeitsplätze erhalten und für den anstehenden Wandel zur Elektromobilität in der ganzen Region gesichert werden.
- 10 Der Konzernbetriebsrat hat dazu einen Zukunftspakt mit dem Unternehmen vereinbart, um die Arbeitsplätze zu sichern und den Wandel in der ganzen Region zu meistern.
- Die Arbeitsplätze gerade in Salzgitter und Braunschweig müssen durch neue Zukunftsfelder mit Forschung und Batteriezellenbau gesichert werden.
- Betriebsbedingte Kündigungen sind auszuschließen und sozialverträgliche Altersteilzeitmodelle und Qualifizierung zu fördern.

Antragsbereich L/ Antrag 2

Kennummer 9198

Unterbezirk Braunschweig

Verfahren Hare/Niemeyer ersetzen

(Angenommen) Einstimmig bei 2 Enth. angenommen in der Fassung der Antragskommission und Weiterleitung an SPD-Landtagsfraktion.

- 5 Anstelle des Quotenverfahrens mit Restzuteilung nach größten Zahlenbruchteilen (Hare/Niemeyer) soll in Niedersachsen zukünftig ein Divisorverfahren (z. B. d'Hondt oder Sainte-Laguë/ Schepers) angewendet werden.
- Das Niedersächsische Kommunalwahlgesetz und das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz sind entsprechend zu ändern.

Antragsbereich L/ Antrag 3

Kennummer 9205

Unterbezirk Wolfenbüttel

Krebsregister

(Angenommen) Einstimmig angenommen und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion.

- 5 Die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert:

10 1) Das niedersächsische Krebsregister ist zu evaluieren, um solche signifikanten Erhöhungen (Hot Spots) automatisch auszuweisen. Auch ist dabei zu überprüfen, wie bei Zu- bzw. Wegzügen von Menschen nach bzw. aus Niedersachsen sowie beim Aufsuchen von Ärzten außerhalb Niedersachsens entsprechende Daten erhalten werden.

2) Den Ursachen der signifikant erhöhten Krebszahlen an der Asse ist auf den Grund zu gehen.

15

Antragsbereich L/ Antrag 4

Kennnummer 9183

Arbeitsgemeinschaft der Juristinnen und der Juristen in der SPD (AsJ)

Informationsfreiheit darf keine Frage des Geldes sein - bürgerfreundliche Gebührenhöhe gesetzlich festlegen

**(Angenommen) Einstimmig angenommen und Weiterleitung an die
SPD-Landtagsfraktion.**

5 Die SPD im Bezirk Braunschweig begrüßt die Einführung eines Informationszugangsgesetzes für Niedersachsen. Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Ansprüche auf Informationszugang wirksam in Anspruch nehmen können, indem gesetzlich eine maximale Gebührenhöhe festgelegt wird.

Antragsbereich L/ Antrag 5

Kennnummer 9209

Unterbezirk Wolfenbüttel

Senkung der Klassenstärken

**(Angenommen) Einstimmig angenommen und Weiterleitung an die
SPD-Landtagsfraktion.**

5 Die SPD Niedersachsen setzt sich mittelfristig für die schrittweise Senkung der Klassenstärken aller Schulformen ein.

Antragsbereich L/ Antrag 6

Kennnummer 9204

Unterbezirk Wolfenbüttel

Reform der gesetzlichen Vorgaben und Verordnungen in den Grundschulen

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an Landeswahlprogrammkommission beim LV (mit großer Mehrheit bei 1 Nein-Stimme und 1 Enth.).

5

Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, die gesetzlichen Vorgaben und Verordnungen in den Grundschulen so zu reformieren, dass zukünftig Schülerinnen und Schüler grundlegende Fertigkeiten und Fähigkeiten erlernen, um in den weiterführenden Schulformen zu bestehen.

10

Antragsbereich L/ Antrag 8

Kennnummer 9190

Unterbezirk Gifhorn

Kostenfreies Mittagessen in Kitas und Schulen

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an Landeswahlprogrammkommission beim LV (einstimmig).

5

Für alle Kinder in Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen muss ein kostenfreies Mittagessen eingeführt werden. Die Kosten übernimmt das Land.

Antragsbereich L/ Antrag 9

Kennnummer 9208

Unterbezirk Wolfenbüttel

Politische Bildung im Rahmen des Politik-Unterrichtes

(Angenommen) Einstimmig angenommen und Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion.

5

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass an den allgemeinbildenden Schulen in den Klassenstufen 8-10 kommunalpolitische Themen in den Unterricht integriert werden. Damit wird die politische Arbeit der Kommunen transparenter und der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt.

10

Ein denkbares Projekt wäre:

1. In Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Schulen in Niedersachsen besuchen Schulklassen im Politik-Unterricht außerschulisch Ortsrats-, Stadtrats- oder Kreistagssitzungen bzw. Ausschusssitzungen dieser Gremien.

15

2. Die Schüler erstellen innerhalb des Projektes im Anschluss an den Besuch der Ortsrats-, Stadtrats- oder Kreistagssitzung bzw. der Ausschusssitzungen dieser Gremien eine Hausarbeit über einen Tagesordnungspunkt ihrer Wahl.

20

3. In der Hausarbeit werden die verschiedenen Standpunkte der Fraktionen und Mitglieder

des Gremiums über den Tagesordnungspunkt/Antrag dargelegt. Anschließend erörtert der Schüler seine eigene Meinung zu dem Thema.

25 4. Das Projekt findet in der 8-10. Klassenstufe statt und die Note der Hausarbeit fließt mit in die Zeugnisnote ein.

Antragsbereich L/ Antrag 10

Kennnummer 9323

Bezirk Braunschweig

Berufliche Bildung stärken – wirtschaftliche Entwicklung der Region sichern

(Angenommen) Einstimmig angenommen und Weiterleitung an Bundes- und Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag

5 Gut ausgebildete Fachkräfte haben wesentlich dazu beigetragen, dass wir Wirtschaftskrisen, technologische Umbrüche und Globalisierung robust überstanden haben. Daran hat das duale System der Berufsausbildung einen wesentlichen Anteil. Die neuen Herausforderungen sind die Digitalisierung der Wirtschaft und der demografische Wandel.
10 Hier gilt es Beruflichkeit als Markenzeichen und Grundpfeiler unserer Wirtschaft und unseres Arbeitslebens zu sichern und weiter zu entwickeln.

Doch das Modell „duale Berufsausbildung“ erodiert an verschiedenen Stellen.

15 So ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Niedersachsen in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, die Zahl der erfolglosen Bewerberinnen und Bewerber ist aber im Jahr 2015 mit 11.411 im Vergleich zum Vorjahr praktisch gleich geblieben.

20 **Das Ziel von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss sein, dass alle Jugendlichen in unserer Region, die es wollen, auch einen adäquaten Ausbildungsplatz erhalten.**

25 Das Bündnis für duale Berufsausbildung, das auf Initiative der Landesregierung im Herbst 2014 gegründet wurde, hat hier gemeinsam mit den Sozialpartnern, den Kammern, dem Kultus- und dem Wirtschaftsministerium Ende 2015 in fünf Themenfeldern Handlungsempfehlungen formuliert, die Grundlage für regionale Modellprojekte sein sollten:

1. Stärkung der Berufsorientierung an allen Schulformen
- 30 2. Entwicklung eines Konzepts für eine koordinierte Beratungsstruktur (z.B. Jugendberufsagenturen)
3. Einstiegssystem berufsbildende Schulen mit dem Ziel über eine individualisierte und koordinierte Betreuung eine gesicherte Berufsausbildung zu vermitteln
- 35 4. Integration von unversorgten Jugendlichen in duale Berufsausbildung (z. B. durch den Ausbau von Einstiegs- und Begleitungshilfen)
5. Wohnortnahe Beschulung und Qualitätssicherung

Wir fordern für die Region Braunschweig einen „runden Tisch duale

40 **Berufsausbildung“, der die Aufgabe hat, festzustellen, inwieweit diese Handlungsempfehlungen in unserer Region umgesetzt wurden, wo es Probleme mit der Umsetzung gibt und wie gegebenenfalls regionsspezifische Lösungsmodelle gefunden werden können.**

45 Teilnehmer des runden Tisches sollten sein: die Landesschulbehörde, die Arbeitsagenturen, die Kammern, der Arbeitgeberverband, die Gewerkschaften, die Allianz für die Region und der Regionalverband Großraum Braunschweig.

50 Die Klage ist alt, aber sie ist immer noch berechtigt und aktuell. Berufsschulen sind die Außenseiter in unserem Schulsystem. In welchen Schulformen in Niedersachsen würde sonst in einigen Fächern eine Unterrichtsversorgung von nur 75 % hingenommen werden?

55 Berufsschulen müssen sich dem technologischen und dem demografischen Wandel stellen. Eine vernetzte Produktion mit Apps, 3-D-Druckern und Robotern verändert die traditionellen Berufe. Eine negative Bevölkerungsentwicklung in Teilen unserer Region und zurückgehende Ausbildungszahlen in einigen Berufen werden dazu führen, dass die Berufsschulen in unserer Region ihr Angebot verändern und besser miteinander abstimmen müssen. Hier wird der Regionalverband eine koordinierende Funktion erhalten.

60 Es ist aber auch sicher zu stellen, dass unsere Berufsschulen als regionale Kompetenzzentren über eine Infrastruktur verfügen, die eine solide Basis für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben bietet.

Wir fordern zur dringend benötigten Instandhaltung und Modernisierung der Infrastruktur der Berufsschulen in unserer Region ein Sofortprogramm in Höhe von 10 Millionen Euro für die nächsten 5 Jahre.

65 Der Lehrermangel an den berufsbildenden Schulen wird kurzfristig nicht zu beheben sein. **Wir fordern schnellstmögliche politische Weichenstellungen zur mittelfristigen Behebung.**

70 Im September dieses Jahres läuft das vom BMBF geförderte Modellprojekt „LBSflex“ aus. Dieses Projekt ermöglicht es Ingenieuren, neben dem Beruf Ingenieurpädagogik zu studieren und dann mit dem Masterabschluss den Einstieg in das Lehramt an berufsbildenden Schulen zu erreichen.

75 **Wir fordern eine Verstetigung dieses Angebotes und die Prüfung, inwieweit dieses Angebot auch von anderen Hochschulstandorten im Land übernommen werden kann.** Dabei sollen allerdings nicht schon jetzt bestehende Möglichkeiten für Seiteneinsteiger vernachlässigt werden.

80 Die Attraktivität der dualen Berufsausbildung wird nicht über Werbekampagnen mit bunten Broschüren erhöht. Attraktivität gewinnt die duale Ausbildung durch Qualität, gute Ausbildungsbedingungen und der Perspektive, nach einem erfolgreichen Berufsabschluss einen Hochschulabschluss hinzuzufügen.

85 Auch hier läuft ein interessantes vom BMBF gefördertes Projekt im September dieses Jahres aus. „INGflex“ ermöglicht jungen Fachkräften in den Bereichen „allgemeiner Maschinenbau“ und „Fahrzeugtechnik“ ein Ingenieurstudium mit spezifischen Mentoring- und Begleitungsangeboten.

Hier fordern wir ebenfalls eine Verstetigung dieser Modelle und eine Überprüfung der Übertragbarkeit auf verschiedene Hochschulstandorte in Niedersachsen.

Organisationspolitik

Antragsbereich O/ Antrag 1

Kennnummer 9181

Bezirk Braunschweig

Der SPD-Bezirk Braunschweig im Jahr 2021 – bürgernah, aktiv und politisch durchsetzungsstark!

(Angenommen) Einstimmig mit zwei Änderungen (Streichungen) angenommen.

5 Die Workshops zur Organisationsentwicklung in den acht Unterbezirken haben gezeigt, die Partei lebt und sie hat Lust auf politische Arbeit. Der SPD-Bezirk ist dabei die Ergebnisse aufarbeiten und zusammenfassen, will aber auch schon jetzt ein gezieltes Angebot an die Ortsvereine und Unterbezirke machen, um diese in ihren Kernaufgaben zu entlasten.

10 Die Ortsvereine sind in Vorleistung gegangen und haben zum Abschluss der jeweiligen Workshops erklärt, was sie konkret anpacken wollen. Umgekehrt will der SPD-Bezirk aber auch konkrete Angebote an die Ortsvereine und Unterbezirke machen, damit diese wieder stärker politisch arbeiten können und sich verstärkt auch der Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung widmen.

15 Was bietet der SPD-Bezirk an:

- Initiierung einer bezirksweiten Mitgliederwerbekampagne. Die besten drei Ortsvereine (prozentualer Zuwachs an Mitglieder im Jahr 2017) erhalten einen Zuschuss zu den Kosten für den nächsten Kommunalwahlkampf (2021) und für das 20 Jahr 2018 wird ihnen ein Sommerfest finanziert.
- Finanzierung der Umstellung auf ein neues, moderneres Content Management System zur Erstellung von Homepages (Ablösung von Imperia).
- Mahnwesen bei Beitragsrückständen wird vom Bezirk übernommen.
- Rückholmanagement bei Austritten wird durch den Bezirk übernommen.
- 25 • Regelmäßiger Austausch und Schulung der Mitgliederbeauftragten auf Bezirksebene.
- Telefonschalten zu brandaktuellen Themen oder Ereignissen mit der/dem Bezirksvorsitzenden und den Vorsitzenden der Ortsvereine und Unterbezirke.
- Wahl eines Beauftragten im Bezirksvorstand für Digitalisierung und Social Media.
- 30 • Schulungen zur Anwendung des Mobilisierungsplaners (Workshops).
- Neumitgliedertreffen auf Bezirksebene (Politik, Promi und lockere Atmosphäre).
- Jährliche Workshops zur Organisationsentwicklung gemeinsam mit Unterbezirken und Bezirk.
- 35 • Einberufung einer bezirksweiten Kommission zur Erstellung eines Personalentwicklungskonzepts.

Antragsbereich O/ Antrag 2

Kennnummer 9174

Unterbezirk Peine

Einstellung einer/eines EDV Fachfrau/Fachmannes

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an den BV / an die Kommission zur Erstellung eines Personalentwicklungskonzepts (1 Enth.).

- 5 Der Unterbezirk Peine beantragt die Installation einer/eines EDV Fachfrau/Fachmannes für die Unterstützung der SPD Gliederungen in Ihrer online Öffentlichkeitsarbeit beim Bezirk Braunschweig.

Antragsbereich O/ Antrag 3

Kennnummer 9182

Unterbezirk Peine

Seniorenmitgliedschaft

(Überwiesen als Material an) Überweisung als Material an den BV / an die Kommission zur Erstellung eines Personalentwicklungskonzepts (einstimmig).

- 5 Die Finanzordnung der SPD, § 1 – Mitgliedsbeiträge -, ist der demografischen Entwicklung anzupassen und um eine zu beantragende Freistellung von Mitgliedsbeiträgen für langjährige Mitglieder zu ergänzen.

Antragsbereich O/ Antrag 4

Kennnummer 9187

Unterbezirk Helmstedt

Parteiensponsoring transparent machen

(Angenommen) Einstimmig angenommen und Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion.

- 5 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, für eine Änderung des Parteiengesetzes einzutreten, nach der Einnahmen von Sponsoren durch Parteien oder parteieigene Organisationen jährlich offenzulegen sind.

II. Weitere Anträge

B3;B5;B22;B27;

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

L7;

3. Nichtbefassung wurde beschlossen für die Anträge:

4. Zurückgezogen wurden die Anträge: